

# Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darassalam und Hinterland.

Darassalam  
31. März 1909.

Erscheint  
zweimal  
wöchentlich.

## Abonnementspreis

Für Darassalam vierteljährlich 4 Rúpke, für die übrigen Teile von Deutsch-Ostafrika vierteljährlich einschließlich Porto 5 Rúpke. Für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonien vierteljährlich 6 Mark. Für sämtliche anderen Länder halbjährlich 12 Mk. — Bestellungen auf die D. O. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptredaktion in Darassalam (D. O. A.) wie von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexandrinenstr. 23/24 entgegengenommen. — Bei Bestellungen empfiehlt sich der Zusatz: „Zustellung unter Kreuzband direkt von Darassalam“, da dies der schnellste Expeditivweg ist. Im Interesse einer pünktlichen Expedition wird möglichst um Vorauszahlung der Bezugsgebühren gebeten. Wird ein Abonnement nicht abbestellt, gilt dasselbe bis zum Eintreffen der Abbestellung als fortlaufend erneuert.

## Insertionsgebühren

Für die 5-spaltige Zeile 50 Pfennige. Mindestsatz für ein einmaliges Inserat 2 Rúpken oder 3 Mark. Für Familiennachrichten sowie größere Inserationsaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Die Annahme von Inserations- und Abonnement-Aufträgen erfolgt sowohl durch die Hauptredaktion in Darassalam wie bei der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexandrinenstr. 23/24. Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postanstalten Deutschlands und Österreich-Ungarns angenommen. Postzeitungsliste Seite 84. Telegramm-Adresse für Darassalam: Zeitung Darassalam. Telegramm-Adresse für Berlin: Schlafenstr. Berlin Alexandrinenstraße.

Jahr-  
gang XI.

No. 25.

## Dernburg und die Kommunalreform.

Vor zwei Tagen brachte der Reuters-Telegraph die Nachricht, der Bloch sei gesprengt und Bülow in der Verfassung verschwinden. Auch sprach man davon, Graf Wedel sei der kommende Mann. Da wir der Nachricht nicht recht trauten, haben wir gestern in Deutschland angefragt, aber bis jetzt noch keine Nachricht erhalten. Heute bringt nun die Usambarapost ein Telegramm von ihrem Sansibar-Korrespondenten, in dem es heißt, die Blochkrise sei durch eine geharnischte Epistel des Grafen Wedel noch einmal glücklich vermieden worden.

Das klingt wesentlich anders und rechtfertigt gewissermaßen unseren Verdacht gegenüber der Reuters'schen Nachricht. Wenn wir indessen doch glauben, daß etwas nicht ganz in Ordnung ist, im Staate Dänemark, so werden wir hierzu verführt durch die Politik, die der Staatssekretär Dernburg vor und während der letzten Reichstagsverhandlung gemacht hat.

Er rückte ab von den Blochfreunden, die im Dezember 1906 so wertvolle Dienste geleistet haben und liebäugelte unverhohlen mit Zentrum und Sozialdemokratie, die damals den neugeborenen Staatssekretär auf die ordinärste Weise beschimpften.

Wir erinnern uns noch deutlich, daß der Zentrum Abgeordnete Koeren, dessen Stänkernatur in dem Prozeß Schmidt-Koeren so recht zum Vorschein kam, dem Staatssekretär von dem Vorleser abriet, im Reichstag den Börsenjobber und Bankiersion einzuführen, wie wissen noch genau, daß eben der brave Zentrumsmann ihm Unwahrscheinlichkeit vorwarf und schließlich dem obersten Kolonialbeamten ins Gesicht sagte: „Nach Ihrer Vergangenheit sind Sie nicht fähig, mich zu beleidigen.“

Warum aber hat das Herr Dernburg vergessen?

Nun der Staatssekretär, der es früher vorzüglich verstand, das Börsenbarometer zu lesen und sich darnach zu richten, erkannte auch hier beizeiten die Ungunst der Blochkonjunktur, um ihr noch rechtzeitig auszuweichen.

Er rechnete und fand, daß, wenn er länger leben wolle, als der Bloch, er sich in das Lager seiner „Totfeinde“ begeben müsse; diese aber waren Charaktervoll genug, ihn mit offenen Armen aufzunehmen.

Und wie es scheint, soll nun Dernburg mit diesem Börsenstückchen Glück haben. — — —

Ein ähnliches Manöver, wenn auch weniger auffällig ist in dem Verhalten zu erblicken, daß Dernburg zum Erlaunen der Abgeordneten bezüglich der Kommunalreform während der Kommissionsberatungen am 22. und 24. Januar an den Tag legte:

Dernburg erklärte auf einmal, obwohl in der Verordnung betr. die Auflösung der Kommunen ohne Weiteres die Einziehung der Kommunalvermögen verfügt war, die Vermögen aufbewahren zu wollen, bis die Bezirke sich so weit entwickelt hätten, daß man Verbände einrichten könnte.

Allerdings bemühte er sich andererseits, von den seitherigen Kommunen alles nur denkbar schlechte zu erzählen, um den Abgeordneten den Appetit an der Sache zu verderben. Doch wurde dem Staatssekretär von mehreren Abgeordneten klar gemacht, daß man ihn erkannt habe. Ganz besonders treffend waren die Ausführungen eines nationalliberalen Abgeordneten, der ungefähr folgendes ausführte:

„Die Kompliziertheit der Verhältnisse, sowohl in bezug auf die Eingeborenen als auch in bezug auf die Europäer, haben in früheren Zeiten die Gouverneure zu der Dezentralisation veranlaßt, welche in den Kommunalverbänden ihren Ausdruck fanden. Gerade der Anteil, welcher der Kommune aus den Steuern verblieben war, hat die ausgezeichnete Wirkung gehabt, daß jeder Bezirksamtmann und jeder Eingeseßene in den verschiedenen Bezirken sich bemüht habe, nach Kräften die Erhöhung dieser Einkünfte herbeizuführen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätten wir heute lange nicht diese Einnahmen aus der Hütten- und Gewerbesteuer. Schaffe man nun diese

Anteilnahme der einzelnen Bezirke ab, so würde man auch den Etatzahlen auf die Dauer einen schweren Nachteil zuführen. Der Staatssekretär behauptet, es sei das keine Selbstverwaltung, wo diejenigen, die über die Einnahmen verfügen, nicht diese aufbrächten. Aus dem Gefagten aber gehe hervor, daß an dem Aufbringen dieser Einnahmen gerade die weißen Eingeseßenen stark mitgearbeitet haben. Außerdem komme doch dieses Geld in der Hauptsache nur durch die Arbeit der Weißen in die Hände der Schwarzen.“

Der selbe Redner wies unter anderem auch noch darauf hin, daß über die Frage, ob, abgesehen von Darassalam und Tanga noch andere Bezirke zur Selbstverwaltung seien, daß man am besten den Unterstaatssekretär v. Lindquist hören werde, der sich sicherlich auf seiner Reise durch Deutsch-Ostafrika einen genauen Einblick in die Verhältnisse verschafft habe, was um so eher zu erwarten sei, als bezeichnenderweise diesem Beamten gegenüber nicht nur keine Antipathie, sondern die größte Sympathie von der Bevölkerung an den Tag gelegt worden sei.

Als schließlich der Staatssekretär auch von freikonservativen und konservativen Abgeordneten ähnliche Dinge zu hören bekam, geriet er allmählich in eine Stimmung, die die deutsche Hausfrau mit „butterweich“ zu bezeichnen pflegt.

Klug, wie der Herr Staatssekretär war, sagte er sich, hier kann es sich jetzt nur darum handeln, nachzugeben; es waren der Resolutionen, die im Interesse der Erhaltung der Kommunen eingebracht wurden, doch zu viel geworden. Und so erklärte sich der Staatssekretär zu folgendem Zugeständnis bereit:

Die Bezirksräte sollen ihren Etat selbst aufstellen, sodas sie bis 25% der Einkünfte aus dem betreffenden Bezirk für diesen Etat verwenden können; der Staatssekretär wird die Anweisung geben, daß diese 25% unter allen Umständen den einzelnen Bezirken verbleiben, sofern der Etat, der von dem Bezirksrat eingereicht wird, diese Summe wirklich in Anspruch nimmt.

Damit war selbstverständlich die Kommunalreform, wie man sie sich ursprünglich im Kolonialamt dachte, gefallen.

Das einzige was eigentlich von dem alten Programm übrig bleibt, ist die rechnerische Kontrolle, der die Kommunalausgaben nurmehr unterstellt werden.

Sehr gespannt sind wir, wenn die ersten kommunalamtlichen Anweisungen kommen, die darüber definitive Aufklärung geben, welche der Kommunen wieder dem Leben zurückgegeben werden. Hoffentlich stützt man sich hierbei im Kolonialamt nicht allzu sehr auf die Berichte und Vorschläge des dem Selbstverwaltungsge danken so feindlichen Herrn v. Nechenberg.

Im Plenum hat es der Staatssekretär ängstlich vermieden, auf die Kommunalangelegenheit zurückzukommen; er berief sich immer wieder darauf, daß es in den Kommissionsberatungen zu einer Einigung gekommen sei. Es war ihm offenbar unangenehm, im Plenum, über das die Presse genauere Berichte als über die Kommissionsberatungen bringt, zuzugeben, daß er in dem Kampf um die Kommunen als zweiter Sieger hervorgegangen ist.

Das muß dem Staatssekretär der Meid lassen, er ist ein kluger Diplomat.

Dinge, von denen er annimmt daß sie schief gehen, macht er in aller Stille in der Kommission ab, während er sich in die breiteste Öffentlichkeit flüchtet, wenn ihm ein rhetorischer Erfolg winkt.

## Die Besiedlung Ostafrikas.

Von Prof. Dr. P. Samassa.

### II.

Bei der Schafzucht tritt der Ertrag ja viel früher ein; am weitesten ist damit bis jetzt Lord Delamere, der einer der ersten Pioniere bei der Erschließung der Kolonie war und in seinen ausgedehnten Landbesitz dort ein riesiges Kapital gesteckt hat; er besitzt auf einer Schaffarm im Umfange von etwa 60 000

\*) Aus den Hamburger Nachrichten.

Hektar zur Zeit 14 000 Stück Schafe und hofft, den Bestand in Laufe der nächsten fünf Jahre auf 40 000 zu bringen, so viel, als die Farm etwa ernähren kann. Die Grundlage der Schafzucht bildet die Kreuzung des eingeborenen Massaischafes mit eingeführten Schafen, vor allem Merinos. Schafe mit dreiviertel edlem Blut geben bereits eine Wolle, die einen sehr guten Preis hat. Und in fünf Jahren wird der ganze Schafbestand so viel Merinoblut erhalten, daß sich der Wollwert von dem reiner Merinoherden in Australien oder Südafrika nicht unterscheiden wird. Hier steht man für die Zukunft schon ganz klare Wege; und die wichtigste Lehre, die wir auch für unsere Kolonie ziehen können, ist, daß das Merinoschaf überall gedeiht wo das eingeborene Massaischaf, das keine Wolle gibt, fortkommt.

Für solche Anlagen, wie die Schaffarm des Lord Delamere gehört aber natürlich erhebliches Kapital: sind erst einmal Leute dieses Schlages vorangegangen, die das Risiko eines solchen Unternehmens tragen können, dann wird sich der Mann mit geringerem Kapital ohne Gefahr gleichem Betrieb zuwenden können. Dasselbe gilt von einer anderen Frage, die gleichfalls Lord Delamere vorbildlich gelöst hat: dem Anbau europäischer Körnerfrüchte. Man hat nach den bisherigen Erfahrungen oft behauptet, daß der Weizen in tropischen Hochländern so ungleich reife, daß die Ernte auf große Schwierigkeiten stoße. Ich habe nun auf einer anderen Farm Lord Delameres ein vollkommen gleichmäßiges Weizenfeld in einer Ausdehnung von etwa 60 Hektar gesehen, auf dem der Weizen prachtvoll gleichmäßig stand. Der Boden war aber viermal umgeworfen worden, bevor gesät wurde; ferner war das ganze Feld zur Vermeidung von Wildschaden eingezäunt. Kurzum, das Experiment hatte erhebliche Kosten verursacht, die sich aber nun, da es geüht ist, reichlich bezahlt machen.

Diese Tatsachen sind für die Besiedlungsfähigkeit der Kolonie unendlich viel beweiskräftiger, als das Schicksal einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Ansiedlern, die dort keinen Erfolg gehabt haben. Diese Mißerfolge führen sich auf verschiedene Ursachen zurück. Eine davon ist, daß der koloniale Reichtum Englands eine gewisse Armut an geeigneten Siedlern zur Folge hat. Zunächst hat ein Engländer, der in eine Kolonie auswandern will, eine größere Auswahl von Ländern, die wirtschaftlich viel weiter entwickelt sind, als Ostafrika. Wenn der Auswanderer nach Kanada geht, so weiß er viel genauer, was da seiner wartet, und was er dort erreichen kann, als in Ostafrika. Hat er trotzdem dort Mißerfolg, so geht er vielleicht nach Südafrika oder Australien. England hat eine Art von fluktuierender Kolonialbevölkerung von Leuten, die es immer in neue Kolonien treibt, und denen naturgemäß ein unruhiger spekulativer Sinn mehr zu eigen ist, als ruhige Arbeitstrenne und Beharrlichkeit. Von dieser fluktuierenden Kolonialbevölkerung hat nun Britisch-Ostafrika nach den Enttäuschungen, die die starke englische Einwanderung nach Südafrika nach dem Burenkrieg dort erlebt hat, besonders viel abbekommen. Bei vielen reichten die Mittel gerade für die erste Einrichtung. Darin ist der Engländer viel anspruchsvoller als der Deutsche; ich habe in unserer Kolonie Leute, die schon eine recht gute und ertragreiche Pflanzung hatten, noch in einem primitiven Lehnhause wohnen sehen: das gute steinerne Haus kommt da zuletzt, beim Engländer in Form eines aus Holz und Wellblech recht wohllich, aber nicht allzu billig gebauten Hauses zuerst. Sind dann die Mittel verbraucht, so geht das Streben nur darauf, den Besitz möglichst vorteilhaft zu verkaufen; und läßt der Zutrom von Dummern nach, die sich überdortteilen lassen, so erhebt sich das Geschrei über das niederträchtige Land zum Himmel. Zum Teil trägt ja die Regierung wohl auch daran Schuld; auf Kleiniedlungsperimente hat sie zwar verständigerweise verzichtet. Daß sich hier ein Ansiedler mit der Zucht von Gemüsen für die Hauptstadt Nairobi vorwärtsbringen könnte, ist bei der schrankenlosen Konkurrenz der Jnder (!), die dort Gartenbau treiben, ganz ausgeschlossen. Aber auch das Ausmaß der sogenannten „Heimstättenfarmer“ im Umfange von rund 130 Hektar, die von der Regierung ausgegeben werden, ist für Viehzucht zu klein. So sieht man denn heute, daß z. B. in der Umgebung von Nairobi meilenteils alle Land schon an Ansiedler vergeben ist, aber